



AMT FÜR JUSTIZ
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

ABTEILUNG JUSTIZWESEN

Datenschutzhinweis Abteilung Justizwesen

Nachfolgend informieren wir Sie gemäss Art. 13 und Art. 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) über die Art und Weise und die Hintergründe der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit unseren Tätigkeiten.

Verantwortliche Stelle

Amt für Justiz
Abteilung Justizwesen (JUS)
Postfach 684

Telefon: + 423 236 6200

E-Mail: info.jus.aju@llv.li
Webseite: www.aju.llv.li

Fragen zum Datenschutz können Sie direkt an uns richten oder aber an die Fachstelle Datenschutz als unsere Datenschutzbeauftragte.

Kontakt Daten Datenschutzbeauftragte

Fachstelle Datenschutz
Peter-Kaiser-Platz 1
9490 Vaduz

Telefon: +423 236 73 08

E-Mail: datenschutz@regierung.li
Webseite: www.fds.llv.li

Zweck der Verarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten hat vornehmlich den Zweck, den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, der uns obliegt. Dieser umfasst die Bereiche:

- Zivilrecht, einschliesslich Personen- und Gesellschaftsrecht
- Strafrecht
- Exekutions- und Insolvenzrecht
- Verfahrensrecht
- Mediation
- Datenschutz
- Rechtshilfe, Aus- und Durchlieferung
- Strafvollzug
- Opferhilfe
- Koordination Amtshaftung
- Justizverwaltung (Gerichtsorganisationsrecht und damit verbundenes Verfahrensrecht; Überwachung des Geschäftsganges der ordentlichen Gerichte nach Art. 93 der Verfassung; Richterdienstsachen; Staatsanwaltschaft)
- Rechtsanwälte
- Verfahrenshilfe
- Notare

Vornehmlich üben wir folgende verarbeitende Tätigkeiten aus:

- Gesetzgebungsprojekte nach Auftrag der Regierung in den Bereichen Zivilrecht, einschliesslich Personen- und Gesellschaftsrecht; Strafrecht; Exekutions- und Insolvenzrecht; Verfahrensrecht; Mediation; Datenschutz; Rechtshilfe; Opferhilfe; Amtshaftung; Gerichtsorganisationsrecht und damit verbundenes Verfahrensrecht; Rechtsanwälte und Notare;
- Zentralstelle für ein- und ausgehende Rechtshilfe, Aus- und Durchlieferungen nach Rechtshilfegesetz;
- Zulassungsstelle für Eintragungen in die Liste der eingetragenen Mediatoren nach Mediationsgesetz;
- Meldestelle für grenzüberschreitend tätige Mediatoren nach Mediationsgesetz;
- Koordinationsstelle für die Regierung für Amtshaftungsfälle;
- Koordinationsstelle für die Regierung im Strafvollzug;
- Koordinationsstelle für die Regierung nach Auftrag (Anträge und Beschwerden).

Rechtsgrundlagen

Die Rechtsgrundlagen (vgl. www.gesetze.li) für die verarbeitenden Tätigkeiten sind:

- Generell: Art. 4 Datenschutzgesetz (DSG) [LR 235.1], Art. 24, 34 bis 36 und 52 Gesetz über die Regierungs- und Verwaltungsorganisation (RVOG) [LR 172.011];
- In Gesetzgebungsprojekten: Art. 8 i.V.m. Art. 51a bis 51h (RVOG);
- In Rechtshilfesachen: Art. 77 bis 80 DSG, Art. 24 (RVOG), Rechtshilfegesetz (RHG) [LR 351] und Staatsverträge wie bspw. Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen [LR 0.351.1] samt Zusatzprotokoll und weitere Staatsverträge nach systematischer Einordnung «Rechtshilfe» [LR 0.353.xxx.xxx] und nach systematischer Einordnung «Unterdrückung von bestimmten Verbrechen und Vergehen» [LR 0.31x.xxx];
- In Aus- und Durchlieferungssachen: Rechtshilfegesetz (RHG) und Staatsverträge wie bspw. Europäisches Auslieferungsübereinkommen [LR 0.353.1] samt Zusatzprotokoll und weitere Staatsverträge nach systematischer Einordnung «Auslieferung» [LR 0.353.xxx.xx];
- In Mediationssachen: Art. 21a Zivilrechts-Mediations-Gesetz (ZMG) [LR 275.1];
- In Amtshaftungssachen: Art. 11 Amtshaftungsgesetz (AHG) [LR 170.32];
- In Strafvollzugssachen: Art. 9 und 11 bis 14 Strafvollzugsgesetz (StVG) [LR 340] und Vertrag zwischen Liechtenstein und Österreich über die Unterbringung von Häftlingen [LR 0.354.910.21];
- In Antrags- und Beschwerdesachen: Gesetz über die allgemeine Landesverwaltungspflege (LVG) [LR 172.020], allenfalls antrags- oder beschwerdebezogene spezialgesetzliche Bestimmungen.

Zu verarbeitende Daten

Folgende personenbezogene Daten werden bei der Ausübung unserer Tätigkeiten erhoben, erfasst und weiterverarbeitet:

- In Gesetzgebungsprojekten: Adressdaten und Daten über die Tätigkeit von Vernehmlassungsteilnehmern, Interessensvertretern oder -gruppen und beigezogenen Experten, sonstige personenbezogene Daten einschliesslich besonderer Kategorien personenbezogener Daten nach Art.9 DSGVO aus im Rahmen der Vernehmlassung abgegebenen Stellungnahmen und aus an die Abteilung herangetragenen, allenfalls projektauslösenden Anlassfällen;
- Im Rechtshilfesachen und Aus- und Durchlieferungssachen: Aus den Akten des inländischen oder ausländischen Polizei, Staatsanwaltschaft oder Gericht stammenden, fallspezifischen personenbezogene Daten einschliesslich besonderer Kategorien personenbezogener Daten nach Art.9 DSGVO, je nach Inhalt des Strafverfahrens bzw. Rechtshilfeersuchens;
- In Mediationssachen: Vor- und Familiennamen, Geburtsdatum/Alter, Staatsangehörigkeit, sonstiger Beruf des Mediators, die Arbeitsanschrift, der fachliche Tätigkeitsbereich des Mediators, die Qualifikation (Ausbildung), die

Vertrauenswürdigkeit (Strafregisterauszug), der bestehender Versicherungsschutz, Vorhandensein geeigneter Räumlichkeiten, inländischer Wohnsitz, Eintragungs- und Fortbildungsfristen;

- In Amtshaftungssachen: Personenbezogene Daten einschliesslich besonderer Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 DSGVO gemäss anlassbezogenen Aufforderungsschreiben an die Regierung oder gerichtlichen Klagen gegen das Land und dazu in Bezug stehenden Akten der vermeintlich fehlbaren Behörde(n);
- In Strafvollzugssachen: Personenbezogene Daten einschliesslich besonderer Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 DSGVO Fall- und Anlassbezogen gemäss gerichtlichen Beschlüssen und Urteilen, Strafvollzugsakten des Landesgefängnisses und Anträgen des Landesgefängnisses oder eines Insassen;
- In Antrags- und Beschwerdesachen: Adress- und Identifikationsdaten, weitere Personenbezogene Daten einschliesslich besonderer Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 DSGVO gemäss Anträgen oder Beschwerdeschriften, Stellungnahmen, Gegenäusserungen und Gutachten.

Herkunft der Daten

Sofern die Daten nicht bei Ihnen persönlich erhoben werden, stammen die Angaben zu den personenbezogenen Daten aus folgenden Quellen:

- In Gesetzgebungsprojekten: Parlamentarischen Eingänge (Initiative, Motion, Interpellation, kleine Anfrage), Volksinitiativen; Schreiben von Interessensvertretern oder -gruppen, Vernehmlassungsergebnisse (Stellungnahmen), Expertengutachten;
- In Rechtshilfesachen, Aus- und Durchlieferungen: Ein- oder ausgehende Rechtshilfeersuchen der in- und ausländischen Gerichte oder Staatsanwaltschaften samt deren Beilagen, Korrespondenz mit ausländischen Ministerien, Generalstaatsanwaltschaften oder sonstigen Rechtshilfezentralstellen, Korrespondenz mit der Landespolizei und ausländischen Polizeibehörden via Europol oder Interpol;
- In Mediationssachen: Anträge auf Eintragung in die Liste der Mediatoren, Meldungen grenzüberschreitend tätiger Mediatoren, Meldungen gemäss gesetzlichen Mitteilungspflichten nach ZMG von Mediatoren und Versicherungen;
- In Amtshaftungssachen: Aufforderungsschreiben an die Regierung; Korrespondenz mit Rechtsanwälten, Amtshaftungsklagen gegen das Land an das Fürstliche Obergericht;
- In Strafvollzugssachen: Anträge auf Verlegung ins Ausland der Gefängnisleitung samt Beilagen, Beschwerden von Insassen samt Beilagen;
- In Antrags- und Beschwerdesachen: Anträge, Beschwerden, Stellungnahmen, Gegenäusserungen, Expertengutachten, Parteien, Zeugen, Gutachter, andere Quellen soweit im Einzelfall für das Verfahren relevant.

Empfänger

Wir übermitteln ihre Daten nur in gesetzlich vorgeschriebenen und erlaubten Fällen. Als Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten kommen in Betracht.

- In Gesetzgebungsprojekten: Gutachter (im Rahmen der Auftragserteilung und Versorgung mit relevanten Unterlagen, soweit für die Erfüllung des Auftrags personenbezogene Daten notwendig sind), Vernehmlassungsteilnehmer (an definierte Vernehmlassungsteilnehmer sowie öffentliche Auflage des Vernehmlassungsberichts, soweit dieser personenbezogene Daten enthält), Landtag (Bericht und Antrag, mit Wiedergabe der Vernehmlassungsergebnisse und Nennung der -teilnehmer), Landtag (Stellungnahme der Regierung, soweit diese personenbezogene Daten enthält), Pressemitteilungen;
- In Rechtshilfesachen, Aus- und Durchlieferungen: Im Rahmen der Korrespondenz zur Weiterleitung ein- und ausgehender Rechtshilfeersuchen and die jeweils zuständige Stelle: In- und ausländische Gerichte oder Staatsanwaltschaften, das Ministerium für Infrastruktur und Justiz, ausländischen Ministerien, Generalstaatsanwaltschaften oder sonstigen Rechtshilfezentralstellen, die Landespolizei und ausländischen Polizeibehörden;
- In Mediationssachen: Information des Herkunftsstaats des grenzüberschreitend tätigen Mediators nach Art. 21 Abs. 3 ZMG;
- In Amtshaftungssachen: Vermeintlich fehlbaren Behörde(n) im Rahmen der Aufforderung zur Stellungnahme durch die Regierung, Anwälte im Rahmen einer Vertretung des Landes vor Gericht, Gutachter im Rahmen einer Auftragserteilung;
- In Strafvollzugssachen: Ausländische Ministerien und Strafvollzugsbehörden im Rahmen der Unterbringung eines Insassen in einer ausländischen Strafvollzugsanstalt;
- In Antrags- und Beschwerdesachen: Im Rahmen der Antragsbehandlung oder Beschwerdebehandlung Parteien, Zeugen, Gutachter, andere soweit im Einzelfall für das Verfahren notwendig.

Drittländer

Die Übermittlung personenbezogener Daten in ein Drittland erfolgt:

- In Rechtshilfesachen, Aus- und Durchlieferungen: Im Rahmen der amtlichen Tätigkeit gemäss Art. 77 bis 80 DSGVO;
- In Mediationssachen: Im Rahmen der Information des Herkunftsstaats des grenzüberschreitend tätigen Mediators allenfalls nach Art. 21 Abs. 3 ZMG;
- In Amtshaftungssachen: Im Rahmen von Abklärungen des Gegenrechts nach Art. 5 Abs. 2 AHG allenfalls an den Herkunftsstaat.

Speicherdauer

Die Speicherdauer der Datenverarbeitung richtet sich nach spezialgesetzlichen Vorgaben zu den Aufbewahrungsfristen bzw. dem Archivgesetz.

Rechte der betroffenen Personen

Bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten stehen Ihnen aus dem Datenschutz verschiedene Rechte zu: Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit, Widerspruch, Beschwerde gegenüber der Aufsichtsbehörde.

Sie können die Ausübung Ihrer Rechte als formlosen Antrag bzw. Gesuch und ohne Begründung gegenüber dem Verantwortlichen geltend machen. Empfohlen wird jedoch, den Antrag bzw. das Gesuch schriftlich oder in einer sicheren elektronischen Form einzureichen.

1. Recht auf Auskunft:

Mit dem Auskunftsrecht nach Art. 15 DSGVO können Sie als betroffene Person von dem für die Datenverarbeitung Verantwortlichen Auskunft darüber verlangen, welche Daten beim Verantwortlichen über Sie gespeichert sind bzw. verarbeitet werden.

Zudem erhalten Sie vom Verantwortlichen ergänzende Informationen, z.B. über die Verarbeitungszwecke, die Herkunft der Daten, soweit diese nicht direkt bei Ihnen erhoben wurden, oder über Empfänger, an die Ihre Daten übermittelt werden.

Durch das Auskunftsrecht werden Sie in die Lage versetzt, den Überblick und damit auch die Kontrolle darüber zu behalten, welche Ihrer personenbezogenen Daten zu welchem Zweck und aufgrund welcher Rechtsgrundlage verarbeitet werden.

2. Recht auf Berichtigung

Wenn Sie feststellen, dass Ihre personenbezogenen Daten unrichtig sind, können Sie nach Art. 16 DSGVO deren unverzügliche Berichtigung gegenüber dem Verantwortlichen verlangen. Unverzüglich meint eine nicht- schuldhaftige Verzögerung des Verantwortlichen, das bedeutet, mit einem gewissen Zeitaufwand für die Bearbeitung des Gesuchs muss gerechnet werden.

3. Recht auf Löschung

Mit dem Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO können Sie grundsätzlich die unverzügliche Entfernung Ihrer personenbezogenen Daten beim Verantwortlichen verlangen, sofern einer der Gründe aus Art. 17 Abs. 1 a) bis f) vorliegt, z.B. die Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht mehr notwendig sind, die Einwilligung widerrufen wurde, erfolgreicher Widerspruch eingelegt wurde, die Verarbeitung unrechtmässig erfolgte, etc.

Dem Löschungsanspruch können allerdings Ausnahmen entgegenstehen, die in Art. 17 Abs. 3 DSGVO gelistet sind. Regelmässig zu prüfen hat der Verantwortliche, ob gesetzliche Aufbewahrungsfristen oder das Archivgesetz einer Löschung widersprechen.

4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO kann nur unter bestimmten Voraussetzungen geltend gemacht werden, die in den Buchstaben a) bis d) des Artikels gelistet sind. Wenn Sie z.B. die Berichtigung Ihrer falschen Daten verlangen oder Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben, muss die Verarbeitung Ihrer Daten vom Verantwortlichen bis zum Abschluss seiner Prüfung eingeschränkt werden. Weiterhin muss die Verarbeitung eingeschränkt werden, wenn Sie wegen ungerechtfertigter Verarbeitung die Einschränkung ausdrücklich statt einer Löschung verlangen. Auch ist die Verarbeitung einzuschränken, wenn der Verantwortliche Ihre Daten zwar nicht mehr für eigene Zwecke benötigt, Sie diese aber noch für die Verfolgung eigener Ansprüche nutzen möchten.

5. Recht auf Datenübertragbarkeit

Haben Sie Ihre Daten dem Verantwortlichen bereitgestellt, können Sie nach Art. 20 DSGVO verlangen, dass Sie diese Daten in einem gängigen maschinenlesbaren Format herausgegeben bekommen. Damit soll Ihnen die eigene Übermittlung zu einem anderen Verantwortlichen erleichtert werden. Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt, wenn die Verarbeitung aufgrund Einwilligung oder Vertrag basiert und mithilfe automatisierter Verfahren erfolgte.

6. Recht auf Widerspruch

Art. 21 Abs. 1 DSGVO gewährt Ihnen das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, ausnahmsweise auch gegen eine an sich rechtmässige Datenverarbeitung Widerspruch einzulegen, sofern Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer Daten eine erfolgte Interessenabwägung seitens dem Verantwortlichen ist, dessen Interessen bei der vorgenommenen Abwägung überwogen haben.

7. Recht auf Beschwerde

Sofern Sie als von der Datenverarbeitung betroffene Person der Annahme sind, dass eine unrechtmässige Datenverarbeitung vorliegt, können Sie jederzeit Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde einreichen.

Kontaktdaten Datenschutz - Aufsichtsbehörde

Die in Liechtenstein zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist die Datenschutzstelle mit den Kontaktdaten:

Datenschutzstelle Fürstentum Liechtenstein
Städtle 38
Postfach 684
FL-9490 Vaduz

Telefon: +423 236 60 90

E-Mail: info.dss@llv.li

Webseite: www.datenschutzstelle.li

Weitere Informationen zum Datenschutz, insbesondere betreffend der Webseite der Liechtensteinischen Landesverwaltung finden Sie in der [Datenschutzerklärung](#).